

Post aus Berlin

Newsletter der
AfD Landesgruppe Bayern
im Deutschen Bundestag



www.afdbayern.de

AfD



Bundeshaushalt: Realitätsverweigerung auf allen Ebenen

Der Kanzler sprach am 27. Februar von einer „Zeitenwende“ doch diese hat bereits 2020 stattgefunden! Die Ausnahmesituation wird seitdem bereits im Fünften Haushalt beschworen!

Der Krieg war nicht vorhersehbar aber haushalterisch wird er als Ausrede genutzt – genau wie seit 2020 Corona.

„Der Ausnahmezustand wird die Normalität sein. Wir werden ab jetzt immer im Ausnahmezustand sein.“

Dieses unglaubliche Zitat von Bundeskrankheitsminister Lauterbach gilt offenbar auch hier.

Die Bundeswehr-Milliarden haben gar nichts mit dem Ukraine-Krieg zu tun: Mit ihnen wird nur der jahrelang aufgelaufene Investitionsstau aufgelöst.

Es findet derselbe Etikettenschwindel wie schon bei der Corona-Neuverschuldung oder beim EU-Corona-Programm „Next Generation“ statt: **Über eine Billion Euro wurde praktisch überall und für alles ausgegeben – nur nicht in Deutschland und auch nicht gegen Corona!**

Die Steigerung der Energiekosten war vor dem Krieg im Markt. Im Januar lagen unsere Energieeinfuhrkosten um 144% höher als ein Jahr zuvor! Strom

war sogar um 212% teurer als 2021 – Stichwort CO2-Abgaben!

Die Teuerung hat, hausgemachte Ursachen: Schulden, EZB-Geldddruckerei, CO2-Ideologie sowie Corona-Maßnahmen.

Insgesamt wird der Bund zwischen 2020 und '22 so viele Schulden aufnehmen wie in den 25 Jahren zuvor! Und die Regierung profitiert sogar indirekt mehrfach von dieser Inflation.

Die Abschaffung der EEG-Umlage ist eine Umschichtung von etwa 25 Mrd. aus den Stromrechnungen in den Bundeshaushalt. **Der Preis der Energiewende verschwindet aus der Stromrechnung, die Belastung der Bürger bleibt.**

27 Mrd. an Mehrbelastungen für völlig leere Krankenhäuser gegenüber dem ersten Regierungsentwurf! Und erneut in weiten Teilen nicht für medizinische Zwecke verwendet!

Nur die Eurokritiker und Stabilitätspolitiker der AfD warnen seit vielen Jahrzehnten vor den Folgen des Geldddrucks und der Realitätsverweigerung auf allen Ebenen. Nun sind sie halt da.

[Videoversion: Boehringer im Bundestag](#)

Peter Boehringer, MdB

Wahlkreis 232: Amberg

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Obmann:

- Haushaltsausschuss
- Unterausschuss zu Fragen der Europäischen Union

Stellvertretendes Mitglied:

- Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

 <https://t.me/pboehringer>

 peter.boehringer@bundestag.de

 www.pboehringer.de

 [/PeterBoehringer](https://twitter.com/PeterBoehringer)

 [/pboehringer](https://www.instagram.com/pboehringer)

 [/Peter.BoehringerCom](https://www.facebook.com/PeterBoehringerCom)

Oppositionspolitik in Zeiten des Krieges

Wir befinden uns in der fünften Woche eines Krieges in Europa. Dieser Krieg ist eine Zeitenwende in der Politik. Hätten Sie sich noch vor Wochen denken können, dass Gesundheitsminister Karl Lauterbach plötzlich aus den Talk Shows verschwindet und Corona praktisch keine Rolle mehr spielen wird? Oder dass die Grünen plötzlich für die Aufrüstung der Bundeswehr sind und dass ausgerechnet Wirtschaftsminister Habeck um Gas bei Qatar bettelt?

Dabei trägt die Bundesregierung eine große Mitverantwortung für den Konflikt. Seit 2014 bekommt die Ukraine große finanzielle Unterstützung aus Deutschland und der EU. Allerdings hat sie nie ihren Einfluss geltend gemacht, damit sich Kiew an das Minsk II Abkommen hält und es umsetzt. Die Eskalationsschraube wurde nicht gestoppt. Sie wird von der Bundesregierung weiter vorangetrieben. Anstatt sich als Vermittler im Krieg zu positionieren, wählt man den Weg der Sanktionen und Isolationspolitik. Nun werden sogar Waffen in die kriegsrische Auseinandersetzung geschickt, obwohl dies gesetzlich nicht erlaubt ist. Der Bundestag muss darüber entscheiden dürfen.

Die beschlossene Sanktionspolitik trifft die Falschen, sowohl in Russland als auch in Deutschland. Sie spüren es direkt an der Tankstelle und im Super-

markt. Das globale Wirtschaftssystem ist so eng vernetzt, dass jegliche Sanktionen gegen Russland wie ein Boomerang zurückkommen.

Der Wind im Bundestag ist mit dem Krieg rauer geworden. Insbesondere gegen unsere Fraktion der Alternative für Deutschland. Mein Ziel als außenpolitischer Sprecher ist es, dass wir als eine deutliche Opposition zur Regierung wahrgenommen werden. Wir werden alles Menschenmögliche dafür tun, die Bundesregierung dazu zu drängen, den Krieg zu beenden und eine friedliche Lösung zu suchen.

Petr Bystron, MdB

Wahlkreis 217: München-Nord

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann und ordentliches Mitglied im Auswärtigen Ausschuss
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

 petr.bystron@bundestag.de

 [/bystronpetr](https://www.facebook.com/bystronpetr)

 www.petrbystron.de

Mindestlohn für Saisonarbeiter nagt an der Existenz unserer Obst- und Gemüsebauern!

Liebe Freunde, Förderer und Mitstreiter, es geht mir immer besonders nah, wenn ich von landwirtschaftlichen Betrieben oder mittelständischen Unternehmen höre, die durch die aktuelle Lage an den Rand der Verzweiflung gebracht werden, da ihre Existenz massiv bedroht ist. Steigende Energiekosten, steigende Produktionskosten, steigende Lohnkosten – Landwirte und Unternehmer sind dieser Entwicklung schutzlos ausgeliefert und nicht wenige stehen vor dem Ruin.

wirtschaftung arbeitsintensiver Sonderkulturen sind die Betriebe auf die Arbeit der Saisonarbeitskräfte angewiesen. Aufgrund des deutlich geringeren Lohnniveaus in den Herkunftsländern stellt die Saisonarbeit in Deutschland für die Arbeitskräfte einen Anreiz und Mehrwert dar; aber ihren Lebensmittelpunkt haben sie im Herkunftsland und verdienen in kurzer Zeit in Deutschland einen attraktiven Lohn. Diesen erhalten sie ohne Abzüge von Steuer und Sozialversicherung.

Aktuell haben mich wieder zwei Briefe erreicht, die ich Ihnen nicht vorenthalten möchte und welche die Wichtigkeit und Dringlichkeit des Problems unterstreichen: Ein Unternehmer, der Präzisionsfertigungsteile produziert, schrieb mir und schildert die Auswirkungen der stark gestiegenen Energiekosten auf sein Unternehmen. Aktuell muss er entscheiden, ob der wirtschaftliche Betrieb einiger Produktionsanlagen überhaupt noch möglich ist. Mit Sorge sieht er, wie Unternehmen in seiner Region verschwinden, weil die gestiegenen Kosten der Energieversorger mit einer Verfünffachung des Preises nicht mehr gestemmt werden können.

Ein Mindestlohn auf deutschem Niveau wäre also unnötig und für die Betriebe existenzbedrohend. In dem detaillierten Schreiben errechneten die Bauernverbände beispielsweise für einen Familienbetrieb in Vollzeit Einkommseinbußen von ca. 42.000 Euro – und das nur durch die gestiegenen Lohnkosten.

Hier muss eine Sonderregelung her und genau dafür werde ich mich stark machen. Die Wirtschaftlichkeit regionaler Betriebe muss gesichert werden!

Bei den Landwirten sieht es nicht besser aus: Hier wäre der geplante Mindestlohn für Saisonarbeiter für viele Betriebe der Todesstoß, denn für die Be-



Peter Felser, MdB

Wahlkreis 256: Oberallgäu
Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag
Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellv. Mitglied
- Verteidigungsausschuss

✉ peter.felser@bundestag.de

🐦 @PeterFelser

📘 /peterfelserafd

🌐 www.peterfelser.de

Kernkraft, Kohle und Gas - für eine stabile und bezahlbare Energieversorgung

Die fatale Energiepolitik der Bundesregierungen der letzten Legislaturen und natürlich auch der aktuellen Ampel-Bundesregierung ist nicht abstrakt, sie schlägt im echten Leben der ganz normalen Bürger durch. Auch mein Bundestagswahlkreis Weilheim (Wahlkreisnummer 226), der die Landkreise Garmisch-Partenkirchen und Weilheim-Schongau umfasst, kann sich dem leider nicht entziehen und wurde nun getroffen. Mitte Februar berichtete der Münchner Merkur, dass erstmals seit fünf Jahren ein altes Dampfkraftwerk in Schongau als Notreserve wieder angefahren werden musste - und das gleich mehrfach. Was war passiert? Es gab schlicht zu wenig Strom für die Bürger. Der Papierhersteller UPM (vormals Haindl Papier) besitzt in Schongau ein fast 50 Jahre altes Dampfkraftwerk mit 64 Megawatt, das mit Gas betrieben wird und als Reserve-Kraftwerk dient – es wurde aber bis dahin noch nie gebraucht. Als Gaskraftwerk kann es schnell hochfahren und liefern. Eine wichtige Sache, da die nächsten Reservekraftwerke erst nahe Ingolstadt stehen – nicht gerade um die Ecke. Dass die allgemeine Stromversorgung unter anderem aufgrund der Abschaltung der Atomkraftwerke vor allem im Süden nicht mehr selbstverständlich ist, lernen die Bürger jetzt auch in ihrer jeweiligen Region. Die CSU, die meinen

Wahlkreis seit 1949 immer gewann, hat diesen Atomausstieg damals mitgetragen. Der Ukraine-Krieg lässt die Fehlentwicklungen in der Energiepolitik durch CDU/CSU, SPD, Grüne und FDP jetzt noch schneller und deutlicher zu Tage treten. Die stark gestiegenen Stromkosten bereiten allen Unternehmen, aber natürlich besonders der energieintensiven Stahlindustrie immer größere Sorgen. Als eines der ersten Werke in Deutschland stoppten nun die Lech-Stahlwerke in Meitingen für einige Tage die Produktion. Eine Produktion sei bei diesen Energiepreisen wirtschaftlich nicht sinnvoll. Es ist das einzige Stahlwerk in Bayern und produziert jährlich über eine Million Tonnen des Werkstoffs. Der Standort beschäftigt mehr als 1000 Mitarbeiter. Unsere Position ist klar: die derzeitigen Debatten über ein Embargo von russischem Öl und Gas sind falsch, gefährden tausende Arbeitsplätze und drohen Deutschland in eine noch tiefere Rezession zu werfen. Wir fordern den Weiterbetrieb der sich derzeit noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke und auch eine Verlängerung der Laufzeiten der Kohlekraftwerke. Wir brauchen Kernkraft, Kohle und Gas für eine stabile und bezahlbare Energieversorgung. Das sind wir den Bürgern schuldig und es ist nicht verhandelbar.

Gerrit Huy, MdB

Wahlkreis 226: Weilheim

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obfrau im Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Ordentliches Mitglied im Familienausschuss/Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“
- Stellv. Mitglied im Finanzausschuss

✉ gerrit.huy@bundestag.de

🐦 [@GerritHuy](https://twitter.com/GerritHuy)

📘 [/gerrithuy.afd](https://www.facebook.com/gerrithuy.afd)

🌐 www.gerrithuy.de

📷 [@gerrithuy.afd](https://www.instagram.com/gerrithuy.afd)

📧 t.me/gerrithuy

📺 YouTube

🔗 [@gerrithuy](https://www.youtube.com/gerrithuy)



Rainer Kraft, MdB Landesgruppenchef

Wahlkreis 253: Augsburg-Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Obmann im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung

Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung
- Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Stellvertretendes Mitglied im Verkehrsausschuss



@Dr_Rainer_Kraft



www.rainer-kraft-mdb.de



/RainerKraftAfD



/dr.rainer.kraft

Fakten zum Energieimport aus Rußland

Derzeit wird in allen Medien viel über die Situation der Energieimporte aus Rußland gefachsimpelt. Zeit sich einige Fakten anzusehen.

Erdgas:

In 2021 wurden ca. 125 Mrd Kubikmeter Erdgas mit einem Energieinhalt von ca. 5 Millionen TJ (Terajoule) oder ca. 1380 TWh (Terawattstunden) in Deutschland verbraucht. 55 Milliarden dieser Kubikmeter wurden dabei aus Rußland importiert. Damit ist Rußland mit einem Anteil von 55% bei den Importen der wichtigste und größte Importeur. Die nächstgrößeren Importnationen sind Norwegen mit ca. 30%, sowie die Niederlande mit ca. 12 %.

Erdöl:

Erdöl ist der häufigste Primärenergieträger in Deutschland. Sein Anteil beträgt ca. 32% am Primärenergieaufkommen. Es wurden ca. 94 Millionen Tonnen Erdöl in Deutschland verbraucht. Größte Importnation ist auch hier Rußland mit einem Anteil von ca. 35%. Die nächstgrößeren Importnationen sind die USA, Großbritannien sowie Norwegen mit jeweils 10-12 %

Steinkohle:

Steinkohle stellt mit ca. 9% einen geringeren Anteil am Primärenergiebedarf. Der Nutzen teilt sich dabei in die Strom-

erzeugung einerseits, sowie die Stahlindustrie andererseits. Das Verhältnis war in 2018 noch 60:40, verschiebt sich aber von der Stromerzeugung weg. Hauptimporteur ist erneut die Russische Föderation mit einem Anteil von 57% an den Importen. In Zahlen entspricht dies ca. 18 Millionen Tonnen Steinkohle. Weitere Importnationen sind die USA, Australien sowie Kolumbien, die zusammen ca. 37% ausmachen.

Uran:

Auch wenn Deutschland nach geltendem Gesetz nur noch geringen Nutzen von Uranimporten hätte, trotzdem ein kurzer Blick darauf. Die Zahlen beziehen sich hierbei nicht auf Deutschland, sondern die EU. Hauptimporteure in 2021 waren Rußland, sowie Kasachstan mit jeweils ca. 20%. Dahinter folgen Niger, Kanada, Australien sowie Namibia mit einem gemeinsamen Anteil von ca. 52%.

Eine Substituierung russischer Energieimporte zur Wahrung der nationalen Souveränität stellt demzufolge eine große Herausforderung dar, die kurzfristig wahrscheinlich gar nicht, mittel- bis langfristig nur unter starken Anstrengungen erreicht werden kann.

100 Milliarden „Sondervermögen“ für Ausrüstung der Bundeswehr

Unter dem Eindruck des Krieges in der Ukraine hat Bundeskanzler Olaf Scholz in der Sondersitzung des Bundestags am 27. Februar eine „Zeitenwende“ ausgerufen und die Bundeswehr zur Chefsache gemacht. Die Einrichtung eines einmaligen „Sondervermögens Bundeswehr“ in Höhe von 100 Mrd. Euro, also neue Schulden am Bundeshaushalt vorbei, soll einerseits dazu beitragen den desolaten Ausrüstungszustand der Bundeswehr zu beheben und andererseits das 2-Prozent-Ziel der NATO erreichen. Für die erforderliche Grundgesetzänderung benötigt die Ampelkoalition allerdings eine Zwei-Drittel-Mehrheit und ist damit auch auf Stimmen aus der Opposition angewiesen.

Als Verteidigungspolitiker und ehemaliger Offizier begrüße ich es natürlich, wenn nun die Altparteien eine Position der AfD nach der anderen übernehmen und endlich, nach jahrelangem Kaputtsparen (angebliche „Friedensdividende“) und Mangelwirtschaft, die Befähigung der Bundeswehr zur Landes- und Bündnisverteidigung wiederherstellen wollen.

Die Lücken bei der Ausrüstung (z.B. fehlende warme Unterwäsche beim Einsatz im Baltikum), überaltertem Material bei den Hauptwaffensystemen (z.B. Schützenpanzer Marder: Einführung in

die Truppe 1971!) sowie fehlender Munitionsvorräte sind mittlerweile so groß, dass ich erhebliche Zweifel habe, ob die Milliardensumme, die vorrangig Großprojekte finanzieren soll, tatsächlich den Bedarf der Truppe decken kann.

Einsatzbereitschaft, Kampfkraft und Durchhaltefähigkeit müssen aber auf Dauer gewährleistet sein, auch dann noch, wenn der Sonderschulentopf verbraucht ist. Darüber hinaus muss die Mittelverwendung klar für Beschaffungen bestimmt sein, damit das Geld nicht weiteren Genderwahn-Projekten oder einer feministischen Außenpolitik zum Opfer fällt.

Geld alleine und eine erfolglose Strukturreform nach der anderen reichen aber nicht, um aus der Bundeswehr eine Armee zu machen, die ihre Aufgaben erfüllen kann. Ohne eine grundlegende Neuausrichtung in Verfahren, innerer Verfasstheit und unpassend gewordenen Strukturen vor Allem bei der Achillesferse Beschaffung werden die Milliarden versickern.

Bereits jetzt, in den Haushaltswochen des Bundestages, lege ich als Abgeordneter der AfD meinen Fokus darauf, dass die Gelder nicht zweckentfremdet werden, sondern einen wirksamen Beitrag zur Sicherheit unseres Landes leisten.



Gerold Otten, MdB

Wahlkreis 221: München Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied:

- Verteidigungsausschuss
- Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
- NATO Parlamentarische Versammlung



/GeroldOttenAfD



/gerold.otten



/t.me/MdB_Otten



@gerold_otten

Web: www.mdb-otten.de

FDP nun indirekt auf Seiten des NetzDG und des „Kampfs gegen Hassrede“

Dass das Bundesministerium der Justiz nicht an Grün oder Rot gefallen ist, kann erst einmal als glücklicher Umstand gewertet werden. Leider aber wirft man auch dort schneller als gedacht die Überzeugungen über Bord. Es konnte in der letzten Legislatur gerade den Grünen nicht schnell genug gehen, mit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz die Anbieter von sozialen Plattformen zu Hilfspolizisten zu machen. Ganz ohne fachliche Einordnung oder gar Ermittlungsverfahren sollten Äußerungen wegen „Hass und Hetze“ gelöscht werden, die Urheber mit Sperren überzogen und dann irgendwann, irgendwie auch an die Staatsanwaltschaft gemeldet werden.

Natürlich gelten auch online die Strafgesetze. Das stellt niemand in Frage. Das Problem, dass man mit „Hass und Hetze“ aber ganz ungeniert politisches Drohpotential aufbauen will, sprachen wir von der AfD-Fraktion immer wieder an. Die FDP durchaus auch, was sich aber nun als Lippenbekenntnis entlarvt. Die eigentliche Meldepflicht via NetzDG ist nun dabei, rechtlich zu scheitern. Das Verwaltungsgericht Köln erklärte es für EU-rechtswidrig.

Auch Justizminister Marco Buschmann gibt sich offiziell froh darüber, dass die „Datenkrake“ NetzDG auf das Abstellgleis kommt. Aber hoppla, wie so oft

braut sich auf EU-Ebene noch schlimmeres zusammen: Mit dem verabschiedeten Digital Services Act (DSA) soll nun ab 2023 unionsweit ein Schlag gegen (rechte) Hetze geführt werden. Freinach den damaligen Kaugummi-Bestimmungen der „staatsfeindlichen Hetze“ bzw. „Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen“ in der DDR. Wobei, im Prinzip sogar noch darüber hinaus: Meldepflichtig werden nicht nur illegale Inhalte, sondern sogar rein falsche Darstellungen. Hierbei ist nun wirklich Tür und Tor geöffnet für sämtliche Arten von Gesinnungsjustiz oder vorausseilenden Gehorsams.

Minister Buschmann übt bereits und „begrüßt es sehr“, dass der DSA „so zügig voranschreitet“. Auch das vermaledeite Telegram mit Sitz in Dubai könne man so besser dingfest machen. Rechtlich wäre nun alles in Ordnung, da eben die EU-Ebene übernommen habe.



Tobias Peterka, MdB
stellv. Landesgruppenchef

Wahlkreis 237: Bayreuth

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

- Unterausschuss Europarecht
- Rechtsausschuss

Stellvertretendes Mitglied

- Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Wahlausschuss



/tobiasmpeterka



tobias.peterka@bundestag.de



/tobiaspeterka

Versorgungssicherheit muss in den Mittelpunkt der Agrarpolitik gerückt werden

Der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine hat große Auswirkungen auf die globale Ernährungssicherheit.

Wir erleben gerade, wie sehr wir von Nahrungsimporten abhängig sind. In der derzeitigen Ausnahmesituation steht die Bundesregierung in der Pflicht, die Versorgungssicherheit der Bevölkerung von Lebensmitteln sowie bezahlbare Lebensmittelpreise sicherzustellen. Um das zu gewährleisten haben wir umfangreiche Anträge in den Bundestag eingebracht. Meine Rede dazu sehen Sie hier: https://www.youtube.com/watch?v=9_H2RKMBX3M

Wenn die Bundesregierung jetzt nicht schnell und verantwortungsbewusst handelt, macht sie sich mitschuldig an unbezahlbaren Lebensmittelpreisen in Deutschland und den kommenden Hungersnöten in der Welt. Die EU reagiert mit einem Notfallplan zur Lebensmittelsicherheit. Dieser ist ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung und entspricht unseren Forderungen, die wir mit unseren Anträgen eingebracht haben.

Die Ausweitung der landwirtschaftlichen Produktion ist jetzt die einzig sinnvolle Maßnahme gegen die drohende Lebensmittelknappheit und die extremen Preissteigerungen. Völlig absurd scheint hier jedoch der bereits in

meinem letzten Newsletter-Beitrag erwähnte Ausbau von Agri-Photovoltaik. Der Flächenverbrauch für den Anlagen ausbau zur Energiegewinnung darf nicht weiter auf Agrarflächen stattfinden.

Und wie ich noch im Februar durch eine schriftliche Anfrage erfuhr, will die Bundesregierung bis 2023 weniger Fleisch in der Ernährung. „Weniger Fleisch zu essen wäre ein Beitrag gegen Putin“, sagt Agrarminister Özdemir vor kurzem in einem Spiegel-Interview. Jedoch ist eine weitere Reduktion der Tierbestände in diesem Sinne kontraproduktiv.

Es ist Vorsicht geboten! Wir dürfen nicht zulassen, dass die Ampelkoalition uns jetzt ihre grünen Ideologien als Beitrag gegen den Krieg verkauft.

Ich hoffe die Bundesregierung will dieses Ziel ausschließlich mit Verbraucherinformation und ehrlichen Aufklärungsmaßnahmen erreichen. Vorschläge, tierische Produkte für den Weltfrieden zu reduzieren, sind nicht zweckdienlich und unlauter.



Stephan Protschka, MdB

Wahlkreis 230: Rottal-Inn

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen

@ stephan.protschka@bundestag.de

f / [stephan.protschka](https://www.facebook.com/stephan.protschka)

www www.stephan-protschka.de

AfD-Bundestagsfraktion positioniert sich eindeutig: Nein zur Impfpflicht!

Die AfD im Deutschen Bundestag hat als erste Fraktion einen Gesetzentwurf (Drucksache 20/516, <https://dserver.bundestag.de/btd/20/005/2000516.pdf>) zur geplanten Impfpflicht eingebracht. Der von mir initiierte Entwurf fordert unmissverständlich: Nein zur Impfpflicht!

Die Abgeordneten der Altparteien hingegen übertreffen sich mit weltfremden Forderungen: Impfpflicht ab 18, Impfpflicht ab 50, Impfpflicht ab Herbst und so weiter und so fort. Die Corona-Willkür der letzten zwei Jahre soll nun in einer völlig unnötigen und unnützen Impfpflicht für Millionen Menschen gipfeln – und das zu einer Zeit, in der die meisten EU-Staaten sämtliche Corona-Maßnahmen abschaffen und Covid-19 wie eine normale Grippe behandeln. Eine Impfpflicht gibt es europaweit nur noch im Vatikan!

Dass Deutschland Sonderwege geht und die Bürger mit völlig willkürlichen Empfehlungen nötigt, musste ich kürzlich selbst erleben: Weil meine Tochter Kontakt mit einem positiv getesteten Kind hatte, forderte mich das Gesundheitsamt auf, ich solle „möglichst innerhalb des Haushalts getrennte Räume nutzen und gemeinsame Mahlzeiten vermeiden“. Meine Tochter ist – und das weiß auch das Gesundheitsamt – zwei Jahre alt! Diese „Empfehlung“ ist eine

staatliche Aufforderung zur Kindesmisshandlung.

So weit konnte es nur kommen, weil man die Maßnahmen von der Realität, von Daten, Fakten und echtem Gesundheitsschutz völlig entkoppelt hat.

Laut Daten der Betriebskrankenkassen gab es bis August 2021 mehr Arbeitsunfähigkeitstage wegen Impfnebenwirkungen, als nach einem positiven Coronatest. Der Kölner Karneval bei 2G+ war ein Superspreader-Event. Bundesweit haben wir Inzidenzwerte von weit über 1.500 – trotz hoher Impfquote! Aktuelle Zahlen zeigen zudem: Es sind mehr Corona-Intensivpatienten geboostert als ungeimpft. Auch gesundheitspolitisch gibt es keine Grundlage für eine Impfpflicht. In den letzten beiden Jahren waren jeweils 2,5 Millionen Patienten weniger in den Krankenhäusern als 2019. Eine Überlastung des Gesundheitssystems drohte nie!

All diese Daten und Fakten zeigen, dass die Impfung keinen ausreichenden Eigen- und Fremdschutz bietet. Eine Impfpflicht ohne ausreichende Sicherheit oder Wirksamkeit des Impfstoffs ist eindeutig verfassungswidrig.

Nein zur Impfpflicht! Nein zur Corona-Willkür! Kehren wir auch endlich in Deutschland zu einem freien und selbstbestimmten Leben zurück.

Martin Sichert, MdB

Wahlkreis 244: Nürnberg-Nord

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied:

- Ausschuss für Gesundheit
 - Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
- Gesundheitspolitischer Sprecher

 /sichertmartin

 /martinsichert

 /martinsichertinfo

 _/MartinSichertMdB

 /Martin_Sichert

 martin.sichert@bundestag.de

Haushalt 2022: Milliarden für das Falsche!

Nahezu 200 Milliarden Euro neue Schulden: das kennzeichnet den aktuellen Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2022, und das ist noch nicht alles. Der wegen der Bundestagswahl verspätete Haushalt für das aktuelle Jahr ist alles andere als solide. Ein „Ergänzungshaushalt“ mit weiteren Schulden wegen der Folgen des Kriegs in der Ukraine ist bereits angekündigt.

Was alles noch schlimmer macht, ist das Geldverschenden für pure Ideologie. In meine Zuständigkeit als Mitglied des Haushaltsausschusses fallen drei Ministerien, die man Ideologie-Hotspots nennen muss: diejenigen für Umwelt, für Wirtschaft und Klimaschutz sowie für Gesundheit.

So muss man feststellen, dass die Regierung Windräder inzwischen viel wichtiger nimmt als Umwelt- und Heimatschutz. Heizen mit dem nachwachsenden Rohstoff Holz würde das Umweltbundesamt am liebsten verbieten. Wenn Ministerin Lemke spart, dann ausgerechnet dort, wo den Bürgern geholfen wird: bei der Stiftung Warentest!

Auch Wirtschafts- und Klimaminister Habeck fällt durch Milliardenausgaben für die ideologische Energiewende und die „Transformation“ der Gesellschaft auf - in der derzeitigen Krisenlage ist das eine besonders gefährliche Überschätzung der Möglichkeiten. Dass die

Gesellschaft am Limit ist, sieht man heute schon täglich z.B. an den Zapfsäulen.

Und dass Lauterbach in seinem Haus für 2022 nochmals mehr Geld braucht als für 2021, liegt vor allem an der total verfehlten Corona-Impfkampagne - man hat für jeden Deutschen bereits mehr als acht Impfstoffdosen gekauft. Selbst eine millionenschwere Werbekampagne verdingt nicht. Eine Impfpflicht lehnt die AfD aber weiterhin ab!

In drei knappen und gezielten Vier-Minuten-Reden habe ich diese Kritik im Deutschen Bundestag vorgetragen. Sie können sie hier ansehen:

Umwelt: <https://www.youtube.com/watch?v=5W8--4wJFIM>

Wirtschaft/Klima: <https://www.youtube.com/watch?v=8Nqyv81GCmc>

Gesundheit: <https://www.youtube.com/watch?v=mkvZU7YMoZU>



Wolfgang Wiehle, MdB

Wolfgang Wiehle, AfD

Wahlkreis 219 München-Süd
Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

- Haushaltsausschuss
- Verkehrsausschuss

Stellvertretendes Mitglied

- Ausschuss für Digitales
- Petitionsausschuss

✉ wolfgang.wiehle@bundestag.de

f /w.wiehle

www www.wolfgang-wiehle.de

**Gefällt Ihnen unser
Newsletter?**

Wir freuen uns über Ihr Feedback unter:
landesgruppe@afdbayern.de



**Politik für Deutschland
AfD Bayern im Bundestag**